



Auf gute Nachbarschaft
Broschüre zur SDR 1 - Aktion

Inhaltsverzeichnis

Der Nachbar, das unbekannte Wesen	5
Jochen Heuer, Rose Schneider, Georg Weisenberger	
Mensch Nachbar!	
Spielregeln für ein angenehmes Zusammenleben	
- Typenlehre	6
- Konfliktstrategien	14
- Brücken zum Nachbarn	24
Dr. Bernhard Geue	
Lärm bekämpfen an der Quelle	30
Eine kleine Lärmschutzfibel	
Peter Schmuck	
Nachbarstreit - was tun?	37
Nachbarrechte und Nachbarpflichten	
Heinz Waldmüller	
Ausländer als Nachbarn	49
Anregungen für eine gute Nachbarschaft mit Ausländern	
Martin Kilgus	
× Fremde als Nachbarn	51
Karl-Heinz Meier-Braun	

Nachbarn helfen Nachbarn	62
Die organisierte Nachbarschaftshilfe	
Christiane Brehl	
Betreutes Wohnen im Alter	64
Tips vom "Journal am Morgen"	
Evelyn Lattewitz	
Gute Nachbarn gibt's überall	73
Der SDR 1-Nachbarschaftsbus unterwegs	
Rose Schneider, Georg Weisenberger	

Redaktionelle Bearbeitung:

Jochen Heuer
Heinz Waldmüller
Rose Schneider
Georg Weisenberger

Süddeutscher Rundfunk

Postfach 10 60 40
7000 Stuttgart 10

Fremde als Nachbarn

Karl-Heinz Meier-Braun

Eine Zusammenfassung der Sendung "Heute im Gespräch" vom 23.10.1991 (SDR I 19.20 - 20.00 Uhr) mit Beiträgen von Ursula Wegener, Eberhard Reuß, Sigg Kögel und Prof. Klaus Bade.

Die Diskussion um die Asylbewerber und die Änderung des Grundgesetzes bestimmt seit Wochen die Schlagzeilen. Viel Neues hat die ganze Auseinandersetzung aber nicht gebracht. Schon gar keine neuen Lösungsansätze. Wir wollen heute abend zum einen versuchen, einige solcher Vorschläge zu diskutieren, die über den Tag hinausgehen. Zum anderen wollen wir aufzeigen, daß es durchaus trotz aller Probleme und der steigenden Fremdenfeindlichkeit noch viele Beispiele für ein gutes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Fremden gerade in der Nachbarschaft gibt. Zu unserem ersten Beispiel:

In vielen deutschen Städten haben Frauen und Kinder aus Kroatien Zuflucht gefunden. Sie kommen als Touristen, also aufenthaltsberechtigt für drei Monate. Mittlerweile gibt es vom Land Baden-Württemberg aber auch die Zusage, daß sie, wenn sie länger bleiben, geduldet werden, solange in ihrer Heimat Krieg herrscht. Damit dürfen sie hier auch arbeiten. Es kommen aber in erster Linie Frauen und Kinder, ehemalige Gastarbeiter, Angehörige von in Deutschland beschäftigten

Kroaten. Die Stadt Bretten ist in dieser Hinsicht ein kleiner Brennpunkt, denn in der dortigen Industrie sind zur Zeit 800 Kroaten beschäftigt, die vor Jahren in Ossiek angeworben wurden. Und Ossiek liegt bekanntlich in der Region, die von Anfang an am härtesten umkämpft war. In Bretten hat sich eine beispielhafte Hilfsaktion gebildet. Ärzte behandeln die Flüchtlinge kostenlos. Die Brettener haben Kleider und über 100.000 Mark gesammelt. Viele Bürger haben Kroaten in ihren Wohnungen aufgenommen

Wir wollen in "Heute im Gespräch" auch darüber reden, was auf politischer Ebene geschehen sollte, um die Probleme und Spannungen im Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern zu entschärfen. Unser Experte für dieses Thema heute abend ist Prof. Dr. Klaus J. Bade, Direktor des "Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien" (IMIS) an der Universität Osnabrück. Was sagt er zu der anhaltenden Diskussion über eine Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 - "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"? Lassen sich dadurch die Flüchtlingszahlen verringern?

"Nein, ich glaube nicht, daß eine Änderung des Artikels 16 allein das Problem lösen würde. Im übrigen bin ich nicht der Auffassung, daß die Verfassung sozusagen als Stoßdämpfer in der Wanderungspolitik dienen kann. In der letzten Zeit hören wir häufiger, daß man den Artikel 16 ändern müßte, weil der Andrang von Asylsuchenden zu groß würde, daß man aber den Artikel 116,

der also die Aussiedler betrifft, nicht ändern müsse, weil deren Zahl ja ohnehin zurückginge. Das ist, glaube ich, nicht der Sinn einer Verfassungsdiskussion. Die Verfassung ist zwar keine heilige Kuh, aber man sollte sie nicht ohne Not ändern. Sie ist auf Dauer angelegt und seit der deutschen Vereinigung auch kein Provisorium mehr. Wir sollten also zunächst einmal über Alternativen nachdenken und prüfen, ob wir wirklich alle Möglichkeiten zur Gestaltung in diesem Bereich ausgeschöpft haben. Ich glaube, wir haben das nicht getan."

Eine weitere Beschleunigung des Asylverfahrens haben die Politiker in Bonn gerade beschlossen.

Prof. Bade sieht aber viel weitergehende Lösungsvorschläge:

"Ich sehe zunächst einmal, daß zweierlei notwendig ist. Einerseits festhalten am Asylrecht als individuellem Recht im Sinne des Verfassungsauftrages. Andererseits sehe ich aber auch Notwendigkeiten in der Gestaltung von Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik. Ich will mal kurz erläutern, was ich damit meine: Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik sind notwendig nach außen hin. Das ist sozusagen Prozeßsteuerung gegenüber Zuwanderungsdruck. Einwanderergesetzgebung und Einwandererpolitik sind notwendig nach innen, also für diejenigen, die schon da sind. Es wäre aber eine falsche Alternative zu sagen, entweder lösen wir alles über das Asylrecht oder wir

lösen alles über Einwanderungsgesetzgebung, wie das in der letzten Zeit häufig getan wird. Beides muß zusammengreifen. Ich könnte mir in der Praxis z.B. ein Modell vorstellen, nach dem sich der Antragsteller vorher entscheiden muß: Wenn er einen Asylantrag stellen will, dann muß er wissen, daß er sich hier einem Verfahren zu stellen hat. Wenn dieses Verfahren negativ für ihn ausgeht, dann kann er sich nicht gleich als Einwanderer hier bewerben, sondern muß zunächst wieder heraus, und, wie in anderen Einwanderungsländern auch, draußen in der Schlange warten, bis er eine Chance hat mit seinem Antrag auf ein Einwanderervisum. Ich denke also, daß beides notwendig ist. Wir produzieren nämlich, so meine ich, einen Teil des in der Tat vorhandenen Mißbrauchs des Asylrechts doch selbst. Einfach deswegen, weil wir im Grunde nur ein einziges Nadelöhr in die Bundesrepublik Deutschland offenlassen - das Asylrecht. Wer herein will und keine besondere Arbeitserlaubnis oder andere Sondergenehmigungen vorzuweisen hat, muß da durch."

In der Flüchtlings- und Ausländerpolitik liegt ein verlorenes Jahrzehnt hinter uns. Immer wieder wurde die Chance vertan, eine zukunftsorientierte Politik zu entwickeln, sagen Kritiker wie Prof. Bade:

"Wir müssen, denke ich, auch darüber nachdenken, ob es nicht kollektive Lösungen außerhalb des individuellen Asylrechts gibt, also Kontingentlösungen in den Berei-

chen, in denen unser Asylrecht nicht greift. Im Asylrecht geht es bei uns um politisch Verfolgte. Es muß uns aber auch um Flüchtlinge aus Krisengebieten gehen. Da wäre meines Erachtens eine multilateral, also international abgesprochene Kontingentlösung sinnvoll. Das wäre eine Lösung, die es ermöglicht, in Kriegs- und Krisengebieten, in denen man nicht imstande ist, den Krisenherd stillzulegen oder im Lande selbst zu helfen, dann doch wenigstens denen zu helfen, die dort krisenbedingt auf Zeit nicht mehr existieren können. Wir sollten also Möglichkeiten haben, Menschen in größerer Zahl auf Zeit aufzunehmen, über europäische Länder zu verteilen und dann darüber nachzudenken, wann der Zeitpunkt vielleicht gekommen ist, ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, wieder zurückzugehen. Das alles gehört zusammen: Asylrecht, Einwanderungsgesetzgebung, Einwanderungspolitik, Kontingentlösungen auf Zeit oder auf Dauer, ganz abgesehen von dauerhaften Arbeitsaufenthalten ohne Einbürgerung, um die es ja hier nicht geht. Das alles muß man in einem Paket zusammen sehen mit dem, was auch in der Flüchtlingskonzeption des Bundesinnenministeriums schon angesprochen worden ist unter dem Stichwort 'Bekämpfung der Fluchtgründe'. Das alles ist ein konzeptionelles Paket."

Immer wieder betonen Politiker, im Flüchtlings- und Asylbereich müsse endlich eine europäische Lösung gefunden werden. Fachleute wie Klaus Bade sind da eher skeptisch.

"Ich glaube, daß wir nicht aus nationaler Ratlosigkeit nach Europa flüchten dürfen. Wir haben Ende der 80er und jetzt zu Beginn der 90er Jahre sicherlich eine Situation, in der viele Politiker erkennen, daß in den 80er Jahren einiges versäumt worden ist. Es hat nun keinen Zweck zu warten, bis Europa kommt und alles auf Europa zu setzen. Man muß Europa auch von unten nach oben bauen, also von der nationalen Ebene herauf zur europäischen Ebene und nicht nur umgekehrt. Da gibt es zum Beispiel in der Bundesrepublik eine Reihe von Versäumnissen, allein schon im institutionellen Bereich. Die Italiener haben unlängst ein Einwanderungsministerium gegründet, die Schweizer haben ein Migrationsamt, die Franzosen bereiten ein Einwanderungsministerium vor, die Schweden haben seit langem ein Einwanderungsministerium. Viele andere europäische Staaten, die mit weniger Zuwanderungsdruck zu tun haben als die Bundesrepublik besitzen die verschiedensten Behörden, Institutionen, Forschungsinstitutionen, Integrationskommissionen usw. für dieses Feld, die wir alle nicht haben. Wo ist, so frage ich, zum Beispiel das Bundesamt für Migration und Integration, eine Idee, die ich seit Jahren vortrage und die zuletzt auch die im Juli zurückgetretene Ausländerbeauftragte Liselotte Funcke übernommen hat. Ich sehe diese Institution nicht. Ich sehe stattdessen vielerlei Ressortzuständigkeiten für Teilbereiche, aber keine große, ganzheitliche, das heißt ressortübergreifende Konzeption für dieses Gesamtpaket."

ket, über das wir eben gesprochen haben. Und eine solche ganzheitliche Konzeption kann auch aus den einzelnen Ressorts gar nicht entwickelt werden, sondern eben nur von vorneherein ressortübergreifend. Wir haben hier also ein Strukturproblem vor uns und müssen auch Institutionen neu schaffen, um mit den Dingen fertigzuwerden."

Die Fremdenfeindlichkeit ist nicht nur in den Bundesländern in den letzten Monaten angewachsen. Fast täglich erreichen uns Meldungen über Gewalttätigkeiten gegenüber Ausländern in Ost und West. "Eine Schande für Deutschland" sagen die Politiker, aber wo bleiben die Taten? Und wo liegen eigentlich die Ursachen für das erschreckende Ausmaß von Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland:

"Fremdenfeindlichkeit ist allzumal eine Sache derjenigen, die sie haben und hat ihre Ursache meistens auch auf deren Seite und häufig relativ wenig mit den Fremden selbst zu tun. Das ist meistens das Ergebnis von sozialer, von ökonomischer Angst, von Desorientierung, von allgemeiner Verunsicherung, von unübersichtlichen gesellschaftlichen Prozessen - und damit sind wir genau wieder bei dem Punkt, bei dem wir eingestiegen sind. Ich glaube, daß manche Bürger nicht nur im Osten, auch im Westen häufig deswegen so ablehnend, so abwehrend, zuweilen auch aggressiv reagieren, weil sie einfach keine Entwicklung sehen, keine politische Antwort

auf ihre berechtigten Fragen kriegen. Sie sind im Alltag doch mit der Einwanderungssituation konfrontiert, sehen, daß immer mehr Fremde, oder solche, die man dafür hält, kommen und sehen keine Großkonzeption mit der die entsprechenden Probleme bewältigt werden können. Ein Amerikaner, der einen Fremden auf der Straße sieht und nicht gerade am Rio Grande lebt, kann sich denken: Der ist ein Tourist oder auf ein Einwandererervisum hier oder aber auf Zeit zur Arbeit im Land - sonst wäre er wahrscheinlich nicht hier. Deutsche Bürger haben damit etwas Schwierigkeiten. Es gibt hier also eine Bringschuld der Politik, die diese Unsicherheit mit ausgelöst hat. Sehr häufig wird dann nach vereinfachenden Lösungen und nach den großen Vereinfachern gesucht. In den fünf neuen Bundesländern kommt natürlich noch ein ganz besonderes Problem hinzu. Es ist das Ergebnis nicht der Wanderung von Menschen über Grenzen sondern der Wanderung von Grenzen über Menschen hinweg: Die Menschen dort drüben sind ja in einer Situation, in der ihre gesamte Gesellschaft, Wirtschaft, politische Kultur durch die früheren Erzfeinde Kapitalismus und Marktwirtschaft überwölbt wird. Das ist für viele Menschen in den neuen Bundesländern ein Erlebnis der Entfremdung. Sie sind Fremde im eigenen Land geworden. Und wer unter der Strapaze eines solchen Entfremdungsprozesses innerhalb der eigenen Grenzen leidet, wird weniger willens oder imstande sein, zur Integration von anderen Fremden, die von außen kommen, beizutragen. Gerade deswegen habe ich es für ei-

nen bedenklichen Fehler gehalten, daß wir in den Einigungsvertrag hineingeschrieben haben, daß ein beträchtlicher Teil der Asylsuchenden auch in die fünf neuen Bundesländer geschickt werden soll."

Um Fremdenfeindlichkeit abzubauen, müßte es gerade im Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in der Nachbarschaft oftmals besser klappen. Was könnte in diesem Bereich getan werden - Prof. Klaus Bade:

"Das ist natürlich eine schwierige Frage, wenn man bedenkt, daß im Blick auf Großkonzeptionen, auf große Lösungen, zu wenig geschehen ist und daß viel an Irritierung im Alltag gerade dadurch ausgelöst worden ist. Zunächst einmal läuft ja im Alltag vieles besser als gelegentlich behauptet. Der friedliche Alltag der Begegnung hat eben keinen Sensationswert. Ich glaube aber, daß man darüber hinaus im Alltag einiges noch besser machen kann. Es geht vor allen Dingen darum, um Verständnis zu werben für die Situation, in der diese Menschen sind, und für ihre Eingliederungsprobleme. Es geht darum, die Öffentlichkeit in stärkerem Maße zu sensibilisieren für ihre Probleme und Nöte. In der Praxis selbst geschieht hier ja auch schon sehr viel. Wir sollten vor allen Dingen abgehen von Abschreckungskonzeptionen, die uns nur in der ganzen Welt blamieren. Das haben wir wirklich nicht nötig. In der deutschen Bevölkerung wird dadurch die Vorstellung geweckt, hier seien

unerwünschte Fremde, Wirtschaftsflüchtlinge, Menschen, die nur unser soziales Netz ausnützen wollen für ihre Zwecke und die abgeschreckt werden müßten. Das überträgt sich dann auf die einheimische Bevölkerung und führt dazu, daß die Fremden nur um so fremder, sozusagen als der Feind schlechthin erscheinen.

Das Ganze muß klarere soziale Verkehrsregeln bekommen, die durchschaubar sind, auch für die einheimische Bevölkerung, damit die allgemeine Ratlosigkeit, die sich nur allzu leicht in Aggressivität verwandelt, zurückgeht. Ich komme also abermals zurück auf die Bringschuld der Politik in diesem Zusammenhang. Wir können nicht erwarten, daß das, was oben an großen Konzeptionen fehlt, im Alltag von unten nach oben nachgebessert wird. Hier muß man in der Tat auch oben anfangen."

Obwohl die politischen Rahmenbedingungen fehlen, fangen viele Deutsche "unten an", setzen sich ein für die Zuwanderer. Seit 10 Jahren besteht beispielsweise schon ein deutsch-türkischer Frauenkreis in Wernau. Die Liste läßt sich lange fortsetzen. Auch in dem Bereich, in dem vermutlich die meisten Konkurrenzängste und Probleme bestehen, bei den Wohnungen. Besonders in den Ballungsgebieten fehlt es an Wohnraum, werden die Schwierigkeiten durch den Einwanderungsdruck - drei Viertel aller Zuwanderer der letzten Jahre waren deutschstämmige Aus- und Übersiedler - noch verstärkt. In Mannheim versucht das Projekt "Treff Neckarstadt-Ost" Abhilfe zu schaffen.

Die "Neckarstadt-Ost" wurde einst als Mustersiedlung gebaut, inzwischen ist sie längst heruntergekommen. Das Wohnungsamt wies nur noch sogenannte "nicht-mietfähige Wohnungssuchende" und Ausländer in die Siedlung ein. Der Ausländeranteil beträgt heute sage und schreibe 75 Prozent. "Mannheim-Harlem" - meinen deshalb böse Zungen. Als die Häuser abgebrochen werden sollten, wehrten sich die 500 Bewohner. Altstadtrat Walter Pahl wurde ihr Sprecher.

Eine ganze Million Mark hat der "Treff Neckarstadt Ost" bisher schon zusammengebracht. Hausaufgabenbetreuung und Deutschkurse für die Bewohner werden angeboten. Ein beispielhaftes Projekt für Ausländer und Deutsche in Mannheim, das im Rahmen der SDR-1-Aktion "Auf gute Nachbarschaft" mit dem "Goldenen Band" ausgezeichnet wurde.

Ein ähnliches Wohnprojekt besteht in Aalen. Dort machten viele Bürger lange Zeit einen großen Bogen um den Rötberg. Der Stadtteil war bekannt für Gewalt und Kriminalität und sein Ruf daher entsprechend schlecht. Der Rötberg wird inzwischen je zur Hälfte von Deutschen und Ausländern bewohnt. Die Situation hat sich in letzter Zeit aber merklich entspannt. Einen großen Anteil daran hat die Arbeit des Nachbarschaftszentrums Rötberg. Vor allem deutsche und ausländische Jugendliche lernen dort, wie man gut miteinander auskommen kann. Der Clubraum ist für viele längst zum zweiten Zuhause geworden.